



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz  
Réseau suisse des **droits de l'enfant**  
Rete svizzera **diritti del bambino**  
**Child Rights** Network Switzerland

## Kinderrechte im Parlament – Vorschau auf die Frühjahrssession 2017

Im **Nationalrat** werden in dieser Session verschiedene kinderrechtlich relevante Vorstösse behandelt. Insbesondere zu erwähnen sind diverse Vorstösse mit familienpolitischem Hintergrund, darunter die parlamentarische Initiative Quadranti „[Elternzeit. Eine umfassende, ganzheitliche Lösung als Ergänzung zum bestehenden Mutterschaftsurlaub](#)“. Diese fordert die Ausarbeitung der nötigen gesetzlichen Grundlagen, welche ergänzend zum geburtsbezogenen 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub einen maximal 14-wöchigen Elternurlaub vorsehen. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates beschloss, dem Vorstoss keine Folge zu geben. Weiter von Interesse ist die parlamentarische Initiative Amherd zur „[Schaffung eines Kompetenzzentrums für die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen](#)“. Die Vorlage will, dass der Bund ein Kompetenzzentrum für den Kinder- und Jugendmedienschutz schafft, in welches die Kantone, die Wirtschaft und die einschlägigen privaten Institutionen eingebunden sind. Die nationalrätliche Bildungskommission (WBK-NR) gab der Vorlage jedoch keine Folge (13 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung). Weitere Vorstösse widmen sich der Bildung von Kindern und Jugendlichen (Motion der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur: „[Zugewanderte Jugendliche zum Abschluss Sek. II führen](#)“; Motion Bourgeois „[Unbegleitete Minderjährige: Betreuung und Schulbildung sicherstellen](#)“; Postulat Reynard „[Politische Partizipation der Jugendlichen: die politische Bildung verstärken und eine Senkung des Stimmrechtsalters prüfen](#)“).

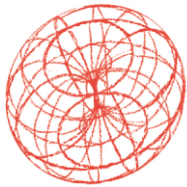
Im **Ständerat** ist aus Sicht der Kinderrechte besonders die Vorlage des Bundesrates zur [Änderung der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung](#) zu erwähnen, die in dieser Session zum zweiten Mal vom Ständerat behandelt wird. Der Bundesrat will mit dieser Vorlage die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Berufstätige Eltern sollen für die Drittbetreuung ihrer Kinder weniger bezahlen, und das Betreuungsangebot soll besser auf ihre Bedürfnisse abgestimmt werden. Der Bundesrat will dazu für fünf Jahre 100 Millionen Franken als Anstossfinanzierung zur Verfügung stellen. Entgegen der Empfehlung der ständerätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WAK-S) trat der Ständerat bereits auf die Vorlage ein und behandelt nun einen überarbeiteten Entwurf der Kommission. Weiter kinderrechtlich relevant ist der Beitritt zur Istanbul-Konvention. Der Bundesrat will mit einem Beitritt zur sogenannten Istanbul-Konvention des Europarates dazu beitragen, dass Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt europaweit auf einem vergleichbaren Standard bekämpft werden. Die Istanbul-Konvention definiert den Gewaltbegriff umfassend. Daher bezieht sich diese auch auf Kinder, die Opfer von häuslicher Gewalt sind, auch als Zeuginnen und Zeugen.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar:

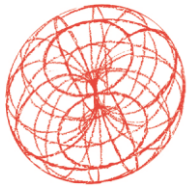
[Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



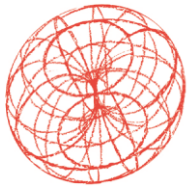
Datum	Nationalrat	Ständerat
27.02.2017	-	<p><b><u>16.081</u> (Geschäft des Bundesrates): Europarats-Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Istanbul-Konvention).</b></p> <p>Der Bundesrat will mit dem Beitritt zur sogenannten Istanbul-Konvention des Europarates dazu beitragen, dass Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt europaweit auf einem vergleichbaren Standard bekämpft werden. Die Istanbul-Konvention will zudem einen Beitrag zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau leisten und die Gleichstellung von Frau und Mann fördern. Die Vertragsstaaten müssen namentlich psychische, physische und sexuelle Gewalt, Stalking, Zwangsheirat, die Verstümmelung weiblicher Genitalien sowie Zwangsabtreibung und Zwangssterilisierung für strafbar erklären. Die Konvention bezieht sich auch auf Kinder, die Opfer von häuslicher Gewalt sind, auch als Zeuginnen und Zeugen. Zudem hebt sie die Situation von Mädchen hervor, die auf Grund ihres Geschlechts Opfer verschiedener Formen von Gewalt werden. Die Ratifikation der Konvention kann zum besseren Schutz von Kindern vor Gewalt beitragen. (Weitere Informationen zur Relevanz der Istanbul-Konvention für die Kinderrechte finden sich in der <a href="#">Vernehmlassungsantwort</a> von Kinderschutz Schweiz). Der Ständerat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p>



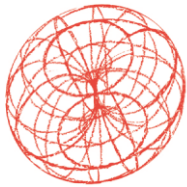
Datum	Nationalrat	Ständerat
28.02.2017	<p><b>Behandlung parlamentarischer Initiativen: (Die Behandlung wird am 1./6./8./9./13./14./15./16. März fortgesetzt):</b></p> <p><b><u>15.458</u> (Parlamentarische Initiative Quadranti): Elternzeit. Eine umfassende, ganzheitliche Lösung als Ergänzung zum bestehenden Mutterschaftsurlaub (SGK)</b> Die Vorlage fordert die Ausarbeitung der nötigen gesetzlichen Grundlagen, welche ergänzend zum geburtsbezogenen 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub einen maximal 14-wöchigen Elternurlaub vorsehen. Es ist festzulegen, zu welchen Teilen er vom Vater bezogen werden kann/muss (ein Bezug zu 100 Prozent ist denkbar); ebenso unter welchen Bedingungen. Gesamthaft ergibt sich dadurch eine Elternzeit von maximal 28 Wochen. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates beschloss, dem Vorstoss keine Folge zu geben.</p> <p><b><u>15.466</u> (Parlamentarische Initiative Amherd): Schaffung eines Kompetenzzentrums für die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen.</b> Die Vorlage will, dass der Bund ein Kompetenzzentrum für den Kinder- und Jugendmedienschutz schafft, in das die Kantone, die Wirtschaft und die einschlägigen privaten Institutionen eingebunden sind. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere: die Koordination und der Informationsaustausch im gesamten Bereich des Kinder- und Jugendmedienschutzes, die Durchführung von Präventions- und Informationsprogrammen, die Beratung von Programmleitenden, Eltern und Erziehungsberechtigten usw., die Vertretung der schweizerischen Anliegen in der internationalen Zusammenarbeit; und das Monitoring und die weitere Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen. Die vorberatende Bildungskommission des Nationalrats (WBK-NR) gibt der Vorlage keine Folge (13 zu 10 Stimmen bei einer Enthaltung).</p>	<p><b><u>16.4019</u> (Motion Berberat): Familienbesteuerung. Ungleichbehandlungen beseitigen.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen der Revisionsarbeiten an der Familienbesteuerung (im weiteren Sinne) Vorschläge zur Änderung des DBG und des StHG mit folgenden Zielen zu unterbreiten:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Beseitigung der steuerlichen Ungleichbehandlung von Unterhaltsbeiträgen für minderjährige und volljährige Kinder;</li><li>2. bestmögliche Harmonisierung des Systems der Kinderabzüge verheirateter und geschiedener Eltern. Der Ständerat behandelt das Geschäft als Erstrat.</li></ol>



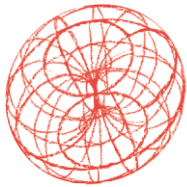
Datum	Nationalrat	Ständerat
28.02.2017	<p><b>15.470 (Parlamentarische Initiative Masshardt): Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Rechtsanspruch auf Beschäftigungsreduktion nach der Geburt.</b> Die Vorlage fordert, dass das Obligationenrecht (OR) so anzupassen ist, dass Arbeitnehmenden nach der Geburt eines Kindes ein Rechtsanspruch auf Beschäftigungsreduktion gewährt wird (höchstens 20 Prozent). Dieser ist analog zur Regelung für das Bundespersonal (Art. 60a BPV, Reduktion des Beschäftigungsgrads nach der Geburt oder Adoption) auszugestalten. Kleinere Unternehmen können von der Regel ausgenommen werden. Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats hat mit 12 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen, der Vorlage keine Folge zu geben.</p>	
01.03.2017	<p><b>Fortsetzung der Behandlung von parlamentarischen Initiativen (vgl. Geschäfte vom 28. Februar): (Die Behandlungen der parlamentarischen Initiativen finden an den folgenden Daten statt: 1./6./8./9./13./14./15./16. März).</b></p>	<p><b>12.470 (Parlamentarische Initiative Joder): Bessere Unterstützung für schwerkranke oder schwerbehinderte Kinder, die zu Hause gepflegt werden.</b> Der Vorstoss verlangt, dass die gesetzlichen Grundlagen dahingehend angepasst werden, dass Familien (Eltern und Erziehungsberechtigte), die schwerkranke oder schwerbehinderte Kinder zu Hause pflegen, besser und wirkungsvoller unterstützt und entlastet werden. Die Kommissionen für Soziale Sicherheit und Gesundheit beider Räte sind auf die Vorlage eingetreten. Der Nationalrat stimmte dem Vorschlag der Kommission bereits zu.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
06.03.2017	<p><b>Fortsetzung der Behandlung von parlamentarischen Initiativen (vgl. Geschäfte vom 28. Februar): (Die Behandlungen der parlamentarischen Initiativen finden an den folgenden Daten statt: 1./6./8./9./13./14./15./16. März).</b></p>	<p><b><u>16.4095</u> (Postulat Caroni): Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz.</b>          Der Bundesrat wird beauftragt, eine umfassende Strategie zur politischen Bildung zu entwickeln. Ziel ist es, die politische Mitwirkungskompetenz der gesamten Bevölkerung langfristig zu erhalten und zu fördern. Die mit dem Bericht zu entwickelnde Strategie soll neben der schulischen politischen Bildung aller Stufen auch die ausserschulische politische Bildung und die Erwachsenenbildung umfassen. Das Postulat wird vom Ständerat als Erstrat behandelt.</p> <p><b><u>16.4090</u> (Interpellation Vonlanthen): Brückenangebote für Jugendliche. Erweiterung des Instrumentariums auf Bundesebene.</b>          In der Schweiz ist nach wie vor eine bedeutende Minderheit der Jugendlichen mit Schwierigkeiten beim Übergang zwischen der obligatorischen Schulbildung und der beruflichen Grundbildung konfrontiert. Ein Scheitern der Eingliederung in eine berufliche Laufbahn kann langfristig wegen der materiellen Unterstützungsbedürftigkeit zu hohen Folgekosten führen. Auf Bundesebene (Motivationssemester „SEMO“) und auf kantonaler Ebene („Brückenangebote“) gibt es diverse Angebote, die diesen Übergang erleichtern sollen. Vor diesem Hintergrund stellt der Interpellant diverse Fragen an den Bundesrat.</p>
07.03.2017	<p><b><u>16.3911</u> (Motion WBK): Zugewanderte Jugendliche zum Abschluss Sek. II führen)</b>          Die Motion beauftragt den Bundesrat 1. mit den Kantonen die Zuständigkeiten für Umsetzung und Finanzierung von Bildungsmassnahmen für spät zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene zu klären; 2. seinen Beitrag an die Integrationsleistungen, welche durch die Regelstrukturen im Bildungsbereich erbracht werden, substanziell zu erhöhen; 3. die Finanzierung der zusätzlichen Integrationsleistungen über das Budget des Staatssekretariats für Migration zu garantieren. Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat.</p>	<p><b><u>16.3910</u> (Postulat): Kinderrenten der ersten Säule vertieft analysieren.</b>          Der Bundesrat wird beauftragt, die wirtschaftlichen Verhältnisse von Bezüglern von Kinderrenten und die Praxis des Exports dieser Renten zu analysieren und darüber Bericht zu erstatten. Dabei sollen insbesondere die Praxis bei der Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen sowie die Frage des Exports von Kinderrenten der AHV und IV und der Waisenrenten an Pflegekinder ins Ausland untersucht werden. Der Bundesrat empfiehlt dem Rat die Annahme der Vorlage, der Ständerat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
07.03.2017	<p><b><a href="#">15.3552</a> (Postulat Schmid-Federer): Mehr Schnupperlehrstellen bei den Mint-Berufen.</b>            Der Bundesrat wird gebeten, dem Parlament Bericht über die Situation von Schnupper-Angeboten in den Mint-Berufen zu erstatten und darzulegen, welche Möglichkeiten zur Steigerung der Angebote er sieht. Der Fachkräftemangel in den sogenannten Mint-Berufen ist ausgewiesen. Lehrstellen werden zwar genügend angeboten, aber ungenügend genutzt. Offensichtlich sind die Angebote zu wenig attraktiv bzw. ist die Information für Interessenten immer noch ungenügend. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats und erachtet einen speziellen Bericht zu dieser Thematik nicht als zielführend. Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.</p>	<p><b><a href="#">13.477</a> (Parlamentarische Initiative Rossini): KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene.</b>            Die Vorlage fordert eine Änderung von Artikel 61 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG), welche die Einteilung der Alterskategorien Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene revidiert und die Versicherer verpflichtet, für diese Kategorien tiefere Prämien festzusetzen. Die Kommission für Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats folgt dem Bundesrat und empfiehlt die Vorlage anzunehmen. Neu sollen also die Prämien von Kindern in Haushalten mit tiefen und mittleren Einkommen um mindestens 80 Prozent verbilligt werden, während die Prämien der jungen Erwachsenen in Ausbildung wie bisher um mindestens 50 Prozent verbilligt werden sollen. Der Nationalrat hat dem Anliegen zugestimmt, der Ständerat befasst sich zum ersten Mal damit.</p>
08.03.2017	<p><b>Fortsetzung der Behandlung von parlamentarischen Initiativen (vgl. Geschäfte vom 28. Februar): (Die Behandlungen der parlamentarischen Initiativen finden an den folgenden Daten statt: 1./6./8./9./13./14./15./16. März).</b></p>	
09.03.2017	<p><b><a href="#">15.3146</a> (Motion Estermann): Ritalinkonsum in der Schweiz. Die Rüge der Uno ernst nehmen!</b>            Der Bundesrat wird beauftragt Massnahmen zu ergreifen, um die Empfehlungen der Uno zum Ritalinkonsum bei Kindern und Jugendlichen in der Schweiz umzusetzen und dessen Konsum einzuschränken. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p>	



Datum	Nationalrat	Ständerat
09.03.2017	<p><b><a href="#">15.3155</a> (Postulat Feri): Selbst- und Körperbild von Jugendlichen. Lancierung von Programmen.</b> Das Postulat ersucht den Bundesrat, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie Jugendliche in ihrem Selbst- und Körperbild sowie der Intervention (Beratungsangebote, auch niederschwellig) bestärkt werden können. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats, da die bestehenden Aktivitäten ausreichen (z.B. Massnahmen im Bereich des Nationalen Programms Ernährung und Bewegung und im Programm von Gesundheitsförderung Schweiz „Healthy Body Image“). Der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <p><b><a href="#">15.3456</a> (Postulat Federer-Schmid): Pflegende Kinder nicht ausklammern.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zur Situation minderjähriger Kinder und Jugendlicher nachzureichen, welche ihre erkrankten Eltern pflegen. Insbesondere soll er dem Parlament darlegen, wie viele Kinder und Jugendliche betroffen sind und wie gross deren Belastung ist. Weiter soll aufgezeichnet werden, welche Angebote zusammen mit Kantonen, Gemeinden und privaten Institutionen geschaffen werden können, um Kinder und Familien zu entlasten. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung des Vorstosses mit der Begründung, dass dieser Problematik bereits mit dem Bericht „Unterstützung für betreuende und pflegende Angehörige“ (Dezember 2014) begegnet wird und die daraus umzusetzenden Massnahmen die Anliegen des Postulats erfüllen.</p> <p><b>Fortsetzung der Behandlung von parlamentarischen Initiativen (vgl. Geschäfte vom 28. Februar): (Die Behandlungen der parlamentarischen Initiativen finden an den folgenden Daten statt: 1./6./8./9./13./14./15./16. März).</b></p>	





Datum	Nationalrat	Ständerat
13.03.2017	<b>Fortsetzung der Behandlung von parlamentarischen Initiativen (vgl. Geschäfte vom 28. Februar): (Die Behandlungen der parlamentarischen Initiativen finden an den folgenden Daten statt: 1./6./8./9./13./14./15./16. März).</b>	<p><b><u>17.016</u> (Geschäft des Bundesrats): Aktionsplan Sportförderung des Bundes, Bericht.</b> Der Bundesrat schlägt mit dem Aktionsplan vor, die Sportförderung in den Jahren 2017 bis 2023 schrittweise auszubauen. Im verabschiedeten Aktionsplan Sportförderung skizziert der Bundesrat die konkreten Massnahmen. Im Vordergrund stehen zusätzliche Fördermittel für das Programm Jugend+Sport sowie der Ausbau der Sportinfrastruktur in Magglingen und Tenero. Der Ständerat befasst sich als Erstrat mit der Vorlage. Die vorbereitende Kommission begrüsst den Aktionsplan, bemängelt aber die zu tiefen finanziellen Mittel, die zur Umsetzung des Aktionsplans eingestellt worden sind.</p> <p><b><u>17.3003</u> (Motion WBK-SR): Zusätzliche Mittel im Aktionsplan zur „Gesamtschau Sportförderung“ zugunsten des Nachwuchs-Leistungssports</b> Der Bundesrat wird beauftragt, im Voranschlag 2018 sowie in den folgenden Finanzplanjahren zusätzliche 15 Mio. zugunsten des Nachwuchs-Leistungssports einzustellen, wie dies im Leistungssportkonzept des Bundes vorgesehen war. Der Ständerat befasst sich als Erstrat mit der Vorlage.</p>

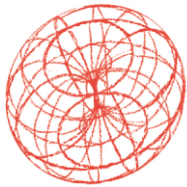




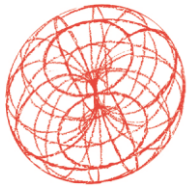
Datum	Nationalrat	Ständerat
14.03.2017	<p><b>Fortsetzung der Behandlung von parlamentarischen Initiativen (vgl. Geschäfte vom 28. Februar): (Die Behandlungen der parlamentarischen Initiativen finden an den folgenden Daten statt: 1./6./8./9./13./14./15./16. März).</b></p>	<p><b><u>16.055</u> (Geschäft des Bundesrates): Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Änderung.</b>          Der Bundesrat will mit dieser Vorlage die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Berufstätige Eltern sollen für die Drittbetreuung ihrer Kinder weniger bezahlen, und das Betreuungsangebot soll besser auf ihre Bedürfnisse abgestimmt werden. Der Bundesrat will dazu für fünf Jahre 100 Millionen Franken als Anstossfinanzierung zur Verfügung stellen. Er hat die Botschaft zur entsprechenden Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung an das Parlament überwiesen. Die ständerätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WAK-S) beantragt dem Ständerat mit Stichentscheid der Präsidentin (6 zu 6 Stimmen), nicht auf die Vorlage einzutreten. Sie macht insbesondere geltend, dass die bestehenden Finanzhilfen bereits zweimal verlängert wurden und dass der Gegenstand der Vorlage in den Zuständigkeitsbereich der Kantone und Gemeinden falle. Entgegen dem Entscheid der vorberatenden Kommission trat der Ständerat bereits auf die Vorlage ein, wies sie aber gleichzeitig an die Kommission zurück. Der Ständerat berät nun den überarbeiteten Entwurf.</p>
15.03.2017	<p><b>Fortsetzung der Behandlung von parlamentarischen Initiativen (vgl. Geschäfte vom 28.02.2017)</b></p> <p><b><u>16.3314</u> (Postulat Ingold): Gemässigte Imame sind Schlüsselpersonen gegen die Radikalisierung von jugendlichen Muslimen.</b>          Der Bundesrat wird gebeten, in einem Bericht Massnahmen der Ausbildungsvoraussetzungen für Imame aufzuzeigen, die vor islamistischer Missionierung schützen und das Integrationspotenzial der Imame im Umgang mit Jugendlichen in ihren muslimischen Gemeinschaften nutzen. Der Bundesrat beantragt die Annahme, der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p>	<p><b><u>16.307</u> (Standesinitiative SG): Änderung des Ausländergesetzes: Mehr Verbindlichkeit und Durchsetzung des geltenden Rechts bei Integration, Sozialhilfe, Schulpflichten und strafrechtlichen Massnahmen.</b>          Der Bundesrat wird ersucht, die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass bei fortführender Verweigerung der Integrationsbemühungen und insbesondere Missachtung der schulischen Pflichten von Erziehungspersonen gemäss kantonaler Schulgesetzgebung, sowie bei einer dauerhaften Abhängigkeit von Sozialhilfe ein Widerruf von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen von Nicht-EU/EFTA-Staaten möglich ist. Die vorberatende Kommission des Ständerats empfiehlt die Ablehnung der Vorlage.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
15.03.2017	<p><b><u>16.3416</u> (Postulat Nantermod): Patchworkfamilien: Lösungen für eine zeitgemässe Regelung der gesetzlichen Erbfolge.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu verfassen, der Möglichkeiten aufzeigt, wie das Zivilgesetzbuch geändert werden kann, damit Kinder aus Patchworkfamilien durch die gesetzliche Erbfolgeregelung nicht benachteiligt werden. Der Bundesrat empfiehlt die Annahme, der Nationalrat berät das Geschäft als Erstrat.</p> <p><b><u>15.3127</u> (Motion Bourgeois): Unbegleitete Minderjährige: Betreuung und Schulbildung sicherstellen.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, im Zusammenhang mit unbegleiteten Minderjährigen im Asylverfahren sicherzustellen, dass alle Kantone das Übereinkommen über die Rechte des Kindes einhalten und der Entscheid über die Aufnahme oder Wegweisung von unbegleiteten Minderjährigen nicht nach Erreichen der Volljährigkeit erfolgt, sondern erst nach Abschluss ihrer Ausbildung. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p> <p><b><u>15.3142</u> (Motion Grunder): KESB. Zwingendes Anhörungsrecht und verbessertes Klagerecht für Grosseltern, Geschwister und nahe Verwandte.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, die entsprechenden Artikel des ZGB so zu ändern, dass nahen Verwandten mehr Einfluss bei der Frage der Einweisung von Kindern in Heime oder Pflegefamilien gewährt wird. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass Grosseltern, Geschwistern und anderen nahen Verwandten ein zwingendes Anhörungsrecht gewährt wird, sowie, dass das Klagerecht derselben gegen Entscheide der Behörden verbessert wird. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p>	



Datum	Nationalrat	Ständerat
15.03.2017	<p><b><a href="#">15.3190</a> (Postulat Feri): Evaluation des Bundesgesetzes über Kindesentführung.</b> Der Bundesrat wird aufgefordert, eine Evaluation des Bundesgesetzes über Kindesentführungen (BG-KKE) und der Bearbeitung von Kindesentführungsfällen durch die Bundesbehörden durchzuführen. Der Bundesrat empfiehlt die Ablehnung des Postulats, der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p>	
16.03.2017	<p><b>Fortsetzung der Behandlung von parlamentarischen Initiativen (vgl. Geschäfte vom 28. Februar): (Die Behandlungen der parlamentarischen Initiativen finden an den folgenden Daten statt: 1./6./8./9./13./14./15./16. März).</b></p> <p><b><a href="#">15.4212</a> (Postulat Gmür): Ausbildung zum „Jugend und Sport“-Hilfsleiter.</b> Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, ob eine Ausbildung als "Jugend und Sport"-Hilfsleiter von Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren sinnvoll wäre und wie sich der Bund finanziell beteiligen könnte. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats, da dafür keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p> <p><b><a href="#">16.3149</a> (Motion Lohr): Sicherung des Programms „Jugend und Sport.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, für den Bereich "Jugend und Sport" im Voranschlag 2017 und in den folgenden Finanzplanjahren ausreichend Mittel einzustellen, damit auf der Grundlage der aktuellen Beitragssätze die Nachfrage gedeckt werden kann. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Vorstosses, der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.</p>	



Datum	Nationalrat	Ständerat
16.03.2017	<p><b><u>16.3962</u> (Postulat Reynard): Politische Partizipation der Jugendlichen: die politische Bildung verstärken und eine Senkung des Stimmrechtsalters prüfen.</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu prüfen, die geeignet sein könnten, die politische Partizipation unter den Jugendlichen zu fördern: bessere politische Bildung, Kampagne zur politischen Sensibilisierung, Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre oder Einführung des Stimmrechts ab 16 "auf Wunsch". Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.</p>	
17.03.2017	<p><b><u>08.428</u> (Parlamentarische Initiative Müller): Kein Familiennachzug bei Bezug von Ergänzungsleistungen.</b></p> <p>Die Vorlage verlangt eine Anpassung des Ausländergesetzes damit der Bezug von Ergänzungsleistungen und von Sozialhilfe für die Beurteilung des Rechts auf Familiennachzug vereinheitlicht wird.</p> <p><b><u>10.485</u> (Parlamentarische Initiative Müller): Vereinheitlichung beim Familiennachzug.</b></p> <p>Die Anforderungen an Personen mit einer Niederlassungsbewilligung, die ihre ausländischen Familienangehörigen in die Schweiz holen wollen, sind denjenigen der Jahresaufenthalter anzupassen. Dabei sind insbesondere die Voraussetzungen gemäss Artikel 44 Buchstaben b und c AuG auch in den Artikel 43 aufzunehmen.</p>	